

Zugestellt durch Österreichische Post

FPO  **DIE SOZIALE
HEIMATPARTEI**

Wir Steirer

KONKRET · KRITISCH · FREIHEITLICH

GLEISDORF

Impressum: Fd 1.v. FPÖ Landesgruppe Steiermark, Conrad-von-Hötzendorf-Straße 58, 8010 Graz
E-Mail: weiz@fpoe-stmk.at, Tel.: +43 (0)316 / 70 72 - 95
Bezirksparteiobmann Patrick Derler, Politische Information

AUSGABE SEPTEMBER 2023

FPO 

**ÖVP, GRÜNE UND SPÖ
VERSCHWENDEN STEUERGELD FÜR
REGENBOGEN-ZEBRASTREIFEN
IN GLEISDORF!**

FPOE-STMK.AT

■ Sehr geehrte Gleisdorfer!

Manche treiben's bunt.

Der Stadtrat (**ÖVP, Grüne und SPÖ**) hat sich also dazu entschlossen, **Gleisdorf** mit einem **Regenbogen-Zebrastrifen** zu „berhübschen“, der für Vielfalt und die Rechte von sexuellen Minderheiten stehen soll. Dass Schutzwege an sich farblich genormte Übergänge sind, kümmert dabei wenig, wenn damit „richtige“ Botschaften verfolgt werden. So nützt man für die Färberei, die satte **1.800 Euro pro Zebrastrifen** kostet, eine Lücke: die weißen Farben der Balken sind ja vorgegeben, die Farbe des Asphaltes dazwischen allerdings nicht. Generell soll hier in Frage gestellt werden, wieweit die Färbelung öffentlicher Allgemeinflächen oder das Hissen von bunten Fahnen, die gewisse gesellschaftliche Gruppen-/Einstellungen repräsentieren, an Rathäusern überhaupt mit dem demokratischen Prinzip der gleichen Repräsentation aller vereinbar ist. Es steht der Gemeinde nicht gut an, gewisse gesellschaftliche Gruppen oder Ideologien vor anderen farblich oder sonst wie hervorzuheben. Die einzigen Farben, die auf öffentlichen Gebäuden oder Straßen prangen sollen, sind die Farben des jeweiligen Gemeinwesens, nichts Anderes – und schon gar nicht **auf Kosten des Steuerzahlers!**



Bunt geht's auch beim Grundstück in der Schießstattgasse, auf dem ein Wohnbauprojekt verwirklicht werden soll, zu. Der Bauträger hat einem privaten Verein bis 1. September dieses Jahres Zeit eingeräumt, Geld für einen Rückkauf des Geländes aufzutreiben. Es handelt sich um satte 2,6 Mio. Euro. So wie es aussieht, wird der Verein mangels ausreichendem Interesse das Ziel klar verfehlen. Damit verbittet sich auch jeder Gedanke, dass Grundstück auf Kosten des Steuerzahlers durch die Gemeinde zu erwerben. Der Appell geht an die Mitglieder des Vereines, das Ergebnis zu respektieren und nicht mit Hilfe etwaiger weiterer Vorwände – aktuell wird ja versucht, den sogenannten „Wald“ zu einem ökologisch auf der Welt einmaligem Fleckchen Wildnis

hochzustilisieren – das Projekt zu be- oder verhindern. **Leistbarer Wohnraum**, wie er dort auch **vorgesehen** ist, wird in den kommenden Jahren ein knappes Gut sein und das Grundstück bietet sich allein schon von der Lage und der bereits vorhandenen Aufschließung in Stadtnähe besser für eine Bebauung an als jeder weitere Acker vor den Toren der Stadt.

Apropos vor den Toren der Stadt. Ein paar Worte seien auch unserem **Bürgermeister** gewidmet. **Christoph Stark**-in-allen-Gassen ist ja nicht nur **Vollzeitbürgermeister**, sondern auch **Vollzeitnationalrat** und laut Homepage des Parlaments zusätzlich (sollen wir wirklich alle Funktionen aufzählen?

Nein, wir machen es kurz): **3x Aufsichtsrat, 1x Geschäftsführer, 1x Prokurist, Vereinsvorstand und Mitglied im Landesbeirat einer Versicherung**. Darunter sind zumindest vier Tätigkeiten, aus denen Vermögensvorteile bezogen werden. Laut Homepage des Parlament 2022 in einer Kategorie von **8.001 - 12.000 Euro**. Jetzt kann man da schon leicht sagen, wie es der Bürgermeister

neulich in der Kronen Zeitung vom 19.08.2023 tat, dass er sein Gehalt [als Bürgermeister, **14x jährlich 7.404 Euro**] als angemessen empfindet. Als Nationalrat empfängt er noch zusätzlich **14x jährlich 9.872 Euro**. Wie sich die vielen „Amterln“ bei ihm aber zeitlich ausgehen, darüber lässt er uns nun rätseln. Sprach er doch in jenem „Krone-Artikel“, in dem es um die Anpassung der Bürgermeistergehälter ging, auch davon, dass schon Bürgermeister kleinerer Gemeinden finanziell „sehr kämpfen, weil sie einen Fulltime-Job haben, sieben Tage die Woche“. Wenn schon Bürgermeister kleinerer Gemeinden einen Fulltime-Job haben, wie sehr muss da der Bürgermeister einer Stadt wie Gleisdorf mit 11.363 Einwohnern erst eingespannt sein und wie können sich hier noch solch lukrative Nebentätigkeiten ausgehen? Bei der Anzahl der Engagements kann der „Bürgermeister-Job“ ja zeitlich bestenfalls noch als

Teilzeit-Hack'n durchgehen. An dieser Stelle soll allerdings nicht wie so oft in letzter Zeit Teilzeitarbeit schlecht geredet werden. Viele haben sich das oft wegen Betreuungspflichten nicht anders ausgesucht bzw. hat die Wirtschaft in den vergangenen Jahren ja oft auch keine anderen Jobs angeboten.

Aber bemerkenswert ist es schon: „unten“ müssen sich die Leute mit verschiedenen Teilzeitjobs über Wasser halten, oben ist ein Vollzeitjob oft zu wenig.

Ihr
GR STPO Harald Lembacher



Wie weit in die Gemeindepolitik reicht der Einfluss privater Interessensgemeinschaften?

Das WEF, oder auch World Economic Forum ist eine Schweizer Stiftung und Lobby-Organisation, welche eine Agenda verfolgt, die unter anderem Themen wie Wirtschaftspolitik und Umweltschutz beinhaltet.

Gegründet 1971 von Klaus Schwab, sehe ich diese Organisation immer kritischer. Wenn man sich anschaut, welche Personen Mitglied sind und bei den jährlichen Treffen in Davos anreisen, dann fragt man sich, wie sehr die demokratisch gewählten Institutionen in allen möglichen Ländern bereits unterwandert sind.

Vor allem, weil diese Stiftung und ihre Mitglieder einen Umbau der Gesellschaft und der Weltordnung nach ihren Vorstellungen vorantreiben. Das Ganze taucht immer wieder unter der Bezeichnung „The Great Reset“ in den Medien auf. Die genauen Ziele dessen, lassen sich auf der offiziellen Homepage des WEF nachlesen.

Hier stellt sich mir dann die Frage, ob manche gewählte Volksvertreter eigentlich noch für das Volk arbeiten oder ob ihre Arbeit eher dahingehend ausgerichtet ist, die Agenden der Organisation, bei der sie scheinbar Mitglied sind, durchzusetzen. Ich denke, dass es zu hinterfragen wäre, wie

sich die Verbindung dieser Politiker zum WEF wirklich gestaltet. Als Gemeinderat der Stadtgemeinde Gleisdorf interessiert mich vor allem die Verbindung unserer zweiten Vizebürgermeisterin zu dieser fragwürdigen Organisation. Vor allem da Frau Vizebürgermeister Mag. Katharina Schellnegger ja regelmäßig das Logo dieser Organisation öffentlich an ihrem Revers präsentiert.



Es wird hier die Zugehörigkeit zu einer Organisation, die globale Politik macht, aber die keinerlei demokratische oder gesellschaftliche Legitimierung besitzt, offen zur Schau gestellt, was ich persönlich sehr bedenklich finde. Des Öfteren hat man das Gefühl, dass die Politik, die hier gemacht wird, rein ideologischen Ursprungs

ist und nichts mit der Realität oder mit Vernunft zu tun hat. Wollen wir wirklich, dass unser Leben durch eine selbsternannte globale Elite bestimmt wird, die scheinbar bereits sehr viele Politiker in ihren Reihen hat und über diese ihre eigenen Vorstellungen in aller Herren Länder durchsetzt? Mittlerweile scheinbar auch schon auf regionaler Ebene.

Ich persönlich will das nicht!

Ihr
GR Willibald Spörk

Geschätzte Bürger!

Es steht außer Frage, dass unser Versorgungssystem einer stetigen Weiterentwicklung bedarf, die sich alleine schon aufgrund operationstechnischer Entwicklungen und neuer Behandlungsmethoden ergibt. Ebenso wenig ist zu leugnen, dass unser Gesundheitswesen in zahlreichen Bereichen massiv reformbedürftig ist, wobei hier etwa das Ausbildungssystem von Ärzten und Pflegekräften, die Stärkung des niedergelassenen Sektors oder auch der Ausbau der medizinischen Versorgung zu nennen sind. Bedauerlicherweise macht sich bei vielen Steirern jedoch der berechtigte Eindruck breit, dass Reformen im steirischen Gesundheitswesen in den vergangenen Jahren weniger aufgrund der Ausschöpfung von Verbesserungspotentialen geschehen, als vielmehr wegen des von ÖVP und SPÖ mitzuverantwortenden Ärzte- und Pflegekräftemangels.

Dies ist zweifelsohne auch bei der am 20. Juni dieses Jahres verkündeten „Spitalsreform“ der Fall. So planen die schwarz-rote Landesregierung und die KAGES-Verantwortlichen für nahezu sämtliche Krankenhausstandorte weitreichende Umstrukturierungsmaßnahmen, deren konkrete Auswirkungen für die Bevölkerung sich wohl erst in den kommenden Monaten und Jahren abzeichnen werden. Allerdings lassen der Verlust der Chirurgie am Spitalsstandort Bruck an der Mur, die Schließung der Ambulanz für Orthopädie und Traumatologie in Mürzzuschlag, die Umstellung zahlreicher Abteilungen auf Tages- und Wochenkliniken sowie der voraussichtliche Abzug der Geburtsstation am LKH Hartberg für viele Regionen massive Versorgungseinschnitte und eine noch stärkere Verlagerung der Patientenströme in Richtung Universitätsklinikum Graz erwarten. An diesem Umstand ändert auch die ebenfalls angekündigte und längst überfällige Umsetzung der langjährigen FPÖ-Forderung nach höheren Gehältern sowie einer besseren Vordienstzeitenanrechnung für Ärzte und Pflegekräfte wenig.

Wie bereits in der Vergangenheit werden im heimischen Spitalwesen einmal mehr weitreichende „Reformmaßnahmen“ vor allem deshalb gesetzt, da ÖVP und SPÖ aufgrund jahrelanger Versäumnisse im Gesundheits- und Pflegebereich mit dem Rücken zur



Wand stehen. Dabei wirken sich Maßnahmen, die aus einer Notlage heraus geboren sind, leider nur selten zum Vorteil der Betroffenen aus. Vielmehr ist aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre zu befürchten, dass die getroffenen Strukturmaßnahmen die ersten Vorboten einer noch tiefergreifenden Ausdünnungspolitik inklusive Krankenhausschließungen sein könnten. Dem werden wir Freiheitliche jedenfalls nicht tatenlos zuschauen und uns vielmehr weiterhin konstruktiv, aber mit Vehemenz für die Aufrechterhaltung einer flächendeckenden und wohnortnahen Versorgung für alle Steirerinnen und Steirer einsetzen.

Euer
Mario Kunasek
Landesparteiobmann

